

Einleitung

Nach 1945 gerieten weite Teile Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas unter die Herrschaft kommunistischer Parteien und Eliten, die in ihrer politischen und ideologischen Orientierung nahezu völlig auf die Sowjetunion ausgerichtet waren. Die »Gleichschaltung« der Parteien und die »Sowjetisierung« der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in den Gebieten, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges von der Roten Armee besetzt worden waren, trugen maßgeblich zur Expansion des sowjetischen Einflusses und zur Konsolidierung des Kommunismus bei. Zugleich bewirkten sie aber auch eine Intensivierung der Ost-West-Spannungen und führten zur Entstehung des Kalten Krieges, der erst mit dem Zerfall des Kommunismus und dem Niedergang der Sowjet-Macht im Zuge der »Wende« von 1989/90 zu Ende ging.

Ungeachtet der großen Bedeutung, die »Osteuropa«¹ damit für das Verständnis der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zukam, wurde dieses Gebiet in der Historiographie bisher weitgehend vernachlässigt. Zwar unternahm die westliche Zeitgeschichtsforschung bereits vor 1989 verschiedentlich Versuche, sich mit den Anfängen des Parteiensystems in Osteuropa nach 1945 auseinanderzusetzen. Beispiele dafür sind die frühen Arbeiten von Zbigniew K. Brzezinski sowie die späteren Untersuchungen von François Fejtö, Wolfgang Diepenthal und Jens Hacker.² Alle diese Studien verstehen sich jedoch als Gesamtgeschichten des Ostblocks, in denen die anfängliche Entwicklung der Parteienlandschaft Osteuropas nur einen Teilaspekt darstellt, der im Rahmen einer Überblicksdarstellung nur sehr unangemessen behandelt werden konnte. Eine systematische, vergleichende Untersuchung der Parteiengleichschaltung und Sowjetisierung wurde damit jedenfalls nicht geleistet und blieb wohl auch deshalb ein Desiderat der Forschung, weil wichtiges östliches Aktenmaterial nicht zur Verfügung stand und weil die Vielfalt der betroffenen Länder eine umfassende Sprach- und Archivkompetenz voraussetzte, die von einem einzelnen Wissenschaftler kaum zu erbringen war.³

¹ Zur Vereinfachung der Terminologie wird im weiteren dieser Sammelbegriff für die unter sowjetischem Einfluß stehenden Gebiete Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas verwendet.

² Zbigniew K. Brzezinski, *The Soviet Bloc. Unity and Conflict*. Cambridge, MA, 1960. – François Fejtö, *Die Geschichte der Volksdemokratien*. 2 Bde. Frankfurt am Main 1988 (erw. Neuauflage von 1972). – Wolfgang Diepenthal, *Drei Volksdemokratien. Ein Konzept kommunistischer Machtstabilisierung und seine Verwirklichung in Polen, der Tschechoslowakei und der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1948*. Köln 1974. – Jens Hacker, *Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980*. Baden-Baden 1983.

³ In jüngster Zeit sind zwei Veröffentlichungen zu verzeichnen, die sich ansatzweise mit der Sowjetisierung in Osteuropa auseinandersetzen. Die dort gewählten Zugänge sind jedoch wenig systematisch und beziehen sich keinesfalls auf alle Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Siehe dazu: Norman Naimark/Leonid Gibianskii (Hrsg.), *The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944–1949*. Boulder, Col./Oxford, 1997. – Michael Lemke (Hrsg.), *Sowjetisie-*

Erst mit der schrittweisen Öffnung der östlichen Archive nach 1989 ergaben sich neue Perspektiven und Möglichkeiten, an die man bis dahin kaum zu denken gewagt hatte. Themen, die bis vor wenigen Jahren noch schwer oder gar nicht zu bearbeiten waren, rücken seither immer mehr ins Blickfeld der Historiker und können auf der Grundlage der jetzt zugänglichen Akten erstmals systematisch erörtert werden. In diesem Zusammenhang ist auch der vorliegende Band zu sehen. Er soll vor dem Hintergrund der inzwischen deutlich verbesserten Archiv- und Forschungssituation neue Erkenntnisse liefern, um der Diskussion über die Parteiengleichschaltung und Sowjetisierung zu einer soliden, auch quellenmäßig fundierten Grundlage zu verhelfen. Westliche Experten und Fachwissenschaftler aus jenen Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der – versuchten oder gelungenen – Gleichschaltung ihrer Parteien durch die Sowjetunion betroffen waren, untersuchen darin sowohl die Länder der »klassischen Gleichschaltung«, wie Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien, die Tschechoslowakei und die sowjetische Besatzungszone in Deutschland (SBZ), als auch die »Sonderfälle« Österreich und Finnland. Der Gleichschaltungsprozeß des osteuropäischen Parteiensystems wird damit erstmals in seiner Gesamtheit und auf der Grundlage östlicher Archivalien, die speziell für dieses Projekt erschlossen wurden, analysiert. Alle Länder werden unter einer gemeinsamen Fragestellung betrachtet. Eine Synthese der Einzelergebnisse am Ende des Bandes rundet die Untersuchung ab.

Die Auswahl der Mitarbeiter erfolgte in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Aktenkenntnis. Alle Autoren haben nicht nur über das von ihnen zu behandelnde Land gearbeitet, sondern stammen entweder von dort oder haben vor Ort die entsprechenden Archivalien eingesehen, wobei mehrere Generationen von Osteuropa-Spezialisten aus verschiedenen Ländern versammelt wurden. Um ein Netzwerk zu schaffen, das auch in der Zukunft dazu dienen kann, gemeinsam über die zentralen Themen von Diktatur und Demokratie, Gleichschaltung und Parteienpluralismus nachzudenken, wurden dabei allerdings jüngere Nachwuchswissenschaftler bevorzugt. Zudem wurden bei der Vorbereitung der Einzelstudien in methodischer und inhaltlicher Hinsicht besondere Anforderungen gestellt, die die Forschung zu diesem Thema bisher vermissen ließ. So wird mit der Frage nach der Entwicklung des osteuropäischen Parteiensystems zwischen 1944 und 1948/49 ein wichtiger politischer Einzelaspekt in seiner gesamten Dimension aufgegriffen und erstmals unter vergleichenden Gesichtspunkten betrachtet. Der Faktor Sowjetunion, die einzelnen nationalen Ausgangsbedingungen, die speziellen Antriebskräfte und die nationalen Eigenheiten sollten möglichst präzise und differenziert herausgearbeitet werden. Die Tatsache, daß eigens für dieses Projekt neue Aktenbestände in den Archiven der betreffenden Länder erschlossen und ausgewer-

—
rung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953). (= Zeithistorische Studien, Bd. 13). Köln u.a. 1999.

tet wurden, berechtigte überdies zu der Hoffnung, daß auch gänzlich neue Informationen und Erkenntnisse zutage gefördert würden, die bisher schlicht unbekannt waren.

Ausgangspunkt der Untersuchung war die Frage, inwieweit im Blick auf die Errichtung der sogenannten Volksdemokratien in Osteuropa von einer Sowjetisierung und politischen Gleichschaltung im eigentlichen Sinne des Wortes überhaupt gesprochen werden kann bzw. ob es sich bei der Gleichschaltung des osteuropäischen Parteiensystems um einen ausschließlich von der UdSSR gelenkten Entwicklungsprozeß handelte, der überdies nach einem einheitlichen Muster durchgeführt wurde. Dabei war zu überprüfen, ob und in welchem Umfang jene nationalen kommunistischen Kader, die sich während des Krieges im Moskauer Exil befanden, von der Sowjetunion gezielt für diese Zwecke vorbereitet wurden. Darüber hinaus durfte die jeweilige nationale Perspektive nicht aus dem Blick verloren werden. So war beispielsweise unter dem Aspekt von Handlungsspielräumen zu fragen, wie lange und in welchem Ausmaß die im Lande verbliebenen Kommunisten, aber auch die an Vorkriegstraditionen anknüpfenden nichtkommunistischen Organisationen Einfluß auf die Gestaltung des Parteiensystems nehmen konnten. Des weiteren war der Prozeß der kommunistischen Machtergreifung und die damit verbundene Ausschaltung der »bürgerlichen« Opposition zu rekonstruieren und zu bewerten, wobei sich unter anderem die Frage stellte, ob es – ungeachtet der sowjetischen Dominanz und aller damit verbundenen Gleichförmigkeit innerhalb des sich formierenden Ostblocks – nicht auch Bestrebungen nationaler »Selbst-Sowjetisierung«, verbunden mit jeweils eigenen Varianten von Parteiengleichschaltung, gab. Und schließlich blieb zu untersuchen, weshalb es in Finnland und Österreich – zwei gleichfalls im sowjetischen Einflußbereich gelegenen Ländern – hinsichtlich der Errichtung und den Anfängen des Parteiensystems zu Sonderentwicklungen kam, die sich etwa im Begriff der »Finnlandisierung« widerspiegelten.

Der Rahmen der Untersuchung wird durch zwei einleitende Beiträge von Gerhard Wettig (ehemals Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln) und Donal O'Sullivan (Claremont McKenna College, USA) abgesteckt. Während Wettig in erster Linie aus dem Fundus seiner langjährigen Forschungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik schöpft und vor dem Hintergrund des sowjetischen Vorgehens im Osten Europas vor allem die Nachkriegsplanungen der UdSSR für Deutschland sowie das Verhalten der sowjetischen Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1949 behandelt, konzentriert sich O'Sullivan mehr auf die allgemeinen Grundzüge der sowjetischen Osteuropapolitik jener Zeit. »Freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR, die Landreform, die Bildung von »antifaschistisch-demokratischen Kräften« und die Ausrottung der Reste des Faschismus« – das waren O'Sullivan zufolge die Kernpunkte der sowjetischen Konzeption für die Neugestaltung Osteuropas nach dem Krieg. Im Zentrum stand nach seiner Auffassung die Bildung eines »umgekehrten »cordon sanitaire«, der die UdSSR vor den »kapitalistischen Mächten« und deren »verwerflichen« Einflüssen auf die sowjetische Bevölke-

rung schützen sollte, die Stalins Herrschaft gefährden konnten. Die sowjetische Osteuropapolitik wird von O'Sullivan zwar als flexibel (Strategie des »vorsichtigen Opportunismus«) beschrieben; gleichzeitig war sie seiner Meinung nach aber auch geprägt von stellenweise unauflösbaren Widersprüchen – »unilateral in der Konzeption und brutal in der Umsetzung«. Das sowjetische Vorgehen in Osteuropa, so O'Sullivan, sei immer auch mit Blick auf mögliche Reaktionen der USA und Großbritanniens erfolgt. Das Denken in ideologischen Lagern – wobei in Stalins Sichtweise die kommunistische Doktrin mit einem russisch-imperialen Weltblick zusammenfiel – sei letztlich dafür verantwortlich gewesen, daß die Moskauer Führung nicht in der Lage gewesen sei, einen »neutralen« Raum an ihrer Grenze zu akzeptieren. Denn für die Sowjetunion, so das Fazit, habe die Einflußzone in Osteuropa nicht nur eine unverzichtbare Sicherheitsgarantie gebildet, sondern sie sei auch Beweis für die Legitimität der eigenen politischen und sozialen Ordnung gewesen.

Den Auftakt zu den Länderstudien bildet der Beitrag von Harald Moldenhauer (Universität der Bundeswehr, Hamburg), der aufgrund eingehender Aktenstudien einen Überblick über die Bedingungen parteipolitischen Agierens im Rahmen der kommunistischen Blockpolitik in Polen gibt. Ulrich Burger (Institut für Auslandsbeziehungen, Bistrița, Rumänien) untersucht danach die unmittelbare Nachkriegsentwicklung in Rumänien und geht dabei nicht nur auf die Rolle Moskaus, sondern auch auf die Passivität der USA und Großbritanniens sowie auf den zielstrebigsten Griff der rumänischen Kommunisten nach der Macht ein, wobei die endgültige kommunistische Machtübernahme und die damit einhergehende Ausschaltung der bürgerlichen Parteien sich erst auf der Grundlage eines Stufenplans in mehreren Etappen vollzog. Die Tatsache, daß anfänglich für die Entwicklung parteipolitischer Strukturen in Ostmittel- und Südosteuropa nach 1944/45 auch Traditionsmuster aus der Vorkriegszeit von Bedeutung waren, verdeutlicht Marietta Stankova (London School of Economics and Political Science) am Beispiel Bulgariens. Auch hier, so Stankova, sei jedoch die von der Sowjetunion initiierte Gründung der sogenannten »Vaterlandsfront« der entscheidende Schritt gewesen, die über die Komintern (bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1943) und Georgi Dimitrov, einen Vertrauten Stalins, eng mit Moskau liierte bulgarische KP in eine günstige Ausgangsposition zur Erringung der Macht zu bringen.

Jerca V. Starič (Universität Maribor, Slowenien) entwirft in ihren Ausführungen über das Parteiensystem Jugoslawiens von 1945 bis 1948 auf der Grundlage ihrer ausgiebigen Forschungen in den Archiven des ehemaligen Jugoslawien ein in vielerlei Hinsicht neues Bild Titos und seiner Partisanenbewegung sowie der jugoslawischen Kommunisten. Sie verweist dabei nicht nur auf den autoritären stalinistischen Absolutheitsanspruch der titoistischen Politik, sondern auch auf die Tatsache, daß das Schisma zwischen Tito und Stalin weniger aus ideologischen Differenzen als aus den Bemühungen Titos resultierte, ein Groß-Jugoslawien auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer zu schaffen, das auch Griechenland und Teile Italiens umfassen sollte und im beginnenden Ost-

West-Konflikt zu einem ernsthaften Zusammenprall mit den Westmächten hätte führen können. Dieser besondere Stellenwert Jugoslawiens für die Entwicklung auf dem Balkan wird ebenfalls von Peter Danylow (Otto Wolff-Stiftung, Köln) in seinem Beitrag über Albanien hervorgehoben, wo die Sowjetunion zunächst – das heißt bis zum politisch-ideologischen Bruch zwischen Stalin und Tito im Jahre 1948 – keine allzu große Rolle spielte, zumal Albanien als Land an der Peripherie des sowjetischen Herrschaftsbereichs für Stalin nur eine untergeordnete Bedeutung besaß.

Völlig anders sah es in dieser Hinsicht in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland aus, wie Monika Kaiser (Bundesarchiv, Editorengruppe Dokumente zur Deutschlandpolitik, St. Augustin) in ihrem Beitrag hervorhebt. Das Nichtzustandekommen einer kommunistisch gesteuerten deutschen Volksfrontbewegung gegen Hitler, politische Rücksichtnahmen auf die westlichen Bündnispartner in Deutschland sowie eigene sicherheits-, deutschland- und wirtschaftspolitische Interessen hätten die Sowjetunion veranlaßt, an der Westflanke ihres Einflußgebiets von einer längeren Übergangsphase zur vermeintlich »gesetzmäßigen« und höheren »sozialistischen Gesellschaftsformation« auszugehen. Da die sowjetische Besatzungsmacht die auf dem Territorium der SBZ gebildeten Parteien vorrangig als »Transmissionsriemen« ihrer Politik betrachtete, waren Kaiser zufolge schon seit 1945 Gleichschaltungstendenzen zu beobachten, die sich mit dem offenen Ausbruch des Ost-West-Konflikts zunehmend verstärkten. In diesem Prozeß war es insbesondere die sowjetische Besatzungsmacht, die nicht nur bei der Sowjetisierung der SED, sondern auch bei der Gleichschaltung der bürgerlichen Opposition als Hauptakteur fungierte und damit den deutschen Parteien kaum politische Handlungsspielräume gewährte.

In der Tschechoslowakei, über die Jiří Kocian (Institut für Zeitgeschichte, Prag) berichtet, war der sowjetische Einfluß ebenfalls von Anfang an spürbar. Aber bis zum »Prager Putsch« im Februar 1948 gab es doch eine gewisse Vielfalt im Parteiensystem, die nicht zuletzt mit der traditionellen Stärke der Kommunisten zusammenhing, von der man sich in Moskau eine »freiwillige« Orientierung auf die Sowjetunion erhoffen konnte. In Ungarn dagegen war nach Auskunft von János Rainer (Institut für die Geschichte der Ungarischen Revolution 1956, Budapest) die sowjetische Dominanz von Anfang an größer als häufig angenommen. Ansätze für ein demokratisches Mehrparteiensystem sollten sich vor diesem Hintergrund bald als wirkungslos erweisen.

Den Abschluß des Bandes bilden Beiträge über Österreich und Finnland. Oliver Rathkolb (Bruno Kreisky Archiv, Wien) weist auf die besondere historische, politische und geographische Situation Österreichs hin und hebt den österreichischen »Sonderfall unter alliierter Supervision« hervor. Ruth Büttner (Universität Tartu) behandelt die sowjetischen Steuerungsversuche in Finnland von 1944 bis 1948, die aufgrund der Tatsache, daß Finnland bei Kriegsausritt militärisch unbesetzt blieb und die finnischen Eliten den Krieg nahezu unbeschadet überstanden, letztlich scheiterten. Die resümierende Schlußzusammenfassung macht schließlich deutlich, daß es stellenweise sehr unterschiedliche

Wege und Varianten kommunistischer Machtergreifung in Osteuropa gab. Grad und Geschwindigkeit, aber auch die politischen Handlungsspielräume der einzelnen politischen Akteure hingen einerseits von den jeweiligen nationalen Voraussetzungen und stellenweise sehr unterschiedlichen Traditionen ab; andererseits waren sie geprägt von dem Stellenwert, den die Sowjetunion dem jeweiligen Land in ihrem Einflußbereich beimaß. So waren beispielsweise Deutschland und Polen, anders als etwa Bulgarien, Albanien, Österreich oder gar Finnland, auf der geostrategischen Prioritätenskala Stalins offenbar besonders hoch eingestuft. Die sowjetische Haltung muß darüber hinaus immer auch vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen internationalen Lage betrachtet werden. Besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit wirkte sich das interalliierte Verhältnis oft direkt auf die Intensität sowjetischer Gleichschaltungsanstrengungen in Osteuropa aus. Ohne die Rolle Moskaus im Blick auf die Zielvorstellung, das heißt die Übertragung sowjetischer Machtstrukturen und die Einbeziehung dieser Länder in den sowjetischen Hegemonialbereich, relativieren zu wollen, dürfte nach den bisherigen Erkenntnissen zudem davon auszugehen sein, daß die Sowjetunion über keinen »Masterplan« für die Gleichschaltung verfügte, denn die Entwicklungen in den einzelnen Ländern waren zu unterschiedlich, als daß man zu dem Schluß gelangen könnte, ein solcher Plan habe tatsächlich existiert.

Was die Rolle Stalins in diesem Prozeß angeht, so läßt es die bisherige russische Quellenlage noch nicht zu, den Anteil des sowjetischen Diktators an den Planungen und bei der konkreten Umsetzung der Sowjetisierungspolitik exakt zu qualifizieren. Es gibt allerdings vermehrte Anzeichen dafür, daß eine eindimensionale Einengung der Betrachtung auf die Person Stalins als dem einzigen maßgeblichen Entscheidungsträger bei der politischen Gleichschaltung und Sowjetisierung Osteuropas den historischen Gegebenheiten nicht gerecht wird. Auch wenn sein Anteil nicht zu unterschätzen ist, scheinen gerade die neueren Aktenfunde zu belegen, daß die Gruppe der Berater und Akteure aus dem näheren Umfeld Stalins, die in die politischen Ereignisse involviert waren und an den Weichenstellungen hinsichtlich der künftigen Struktur Osteuropas mitwirkten, weitaus größer ist, als bisher angenommen.

Bei allen Bemühungen um Differenzierung und trotz der Versuche, sich von bisherigen, eindimensionalen Erklärungsversuchen hinsichtlich der Parteilgleichschaltung innerhalb des sowjetischen Hegemonialbereichs zu verabschieden, wird man – wie die einzelnen Länderstudien deutlich machen – dennoch nicht an der Feststellung vorbeikommen, daß die UdSSR spätestens ab 1947 mit großer Intensität und Entschlossenheit auf das Ziel der totalen Einverleibung der ost-, mittelost- und südosteuropäischen Staatenwelt in ihren Machtbereich hingearbeitet hat. Die politische Ausschaltung der jeweiligen nationalen Parteiensysteme und die damit einhergehende Absicherung kommunistischer Machtpositionen waren dafür – ungeachtet aller unterschiedlichen Entwicklungsstadien – eine unverzichtbare Voraussetzung.

* * *

Abschließend verbleibt den Herausgebern nur noch, allen Beteiligten für ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an diesem Projekt zu danken. In erster Linie gilt dies für die Autoren, die sich einer teilweise mühevollen Archivarbeit unterzogen haben und bei der Anlage ihrer Untersuchung bereitwillig den Vorgaben der Herausgeber für eine gemeinsame Fragestellung gefolgt sind, sowie der Fritz Thyssen Stiftung, ohne deren großzügige finanzielle Unterstützung das Projekt nicht zustande gekommen wäre. Das Historische Institut der Universität Potsdam und das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam stellten ihre Ressourcen und Arbeitsmöglichkeiten für die Durchführung des Projektes zur Verfügung. Michael Bienert (Universität Potsdam) sowie Jutta Unser (Redaktion OSTEUROPA, Aachen) waren bei der Manuskripterstellung behilflich. Die Übersetzung der fremdsprachigen Beiträge lag in den Händen von Renate Lipinsky (Aachen) und Janos Hauszmann (Universität Köln). Auch ihnen gilt unser Dank.

Potsdam, im Juli 2002

Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker